

EuGH: Recht auf Aktion gegen Feinstaub

Luxemburg. Anwohner können künftig bei den Behörden einen Aktionsplan zur Verringerung der Umweltbelastung durch Feinstaub erzwingen. Der Europäische Gerichtshof gab mit dieser Entscheidung einem Münchner Recht. Der Kläger wollte Bayern dazu verpflichten, einen Aktionsplan gegen die Feinstaubbelastung am viel befahrenen Münchner Mittleren Ring zu erstellen. Dem Urteil zufolge müssen die EU-Mitgliedstaaten in einem solchen Aktionsplan keine Maßnahmen ergreifen, damit die Feinstaub-Grenzwerte nicht überschritten werden. (dpa)

Fernsehangebot in der EU überwiegend europäisch

Brüssel. Knapp zwei Drittel des Fernsehangebots in der Europäischen Union sind europäisch. Nach Angaben der EU-Kommission entfielen 2006 rund 65 Prozent der Sendezeit auf „europäische Werke“. Der Rest wurde aus anderen Teilen der Welt – vor allem den USA – dazugekauft. Den höchsten europäischen Anteil gab es in Polen und Dänemark mit rund 81 Prozent. Deutschland lag mit 60,7 Prozent leicht unter dem EU-Durchschnitt. Die Fernsehsender in der EU sollen gemäß einer Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ mindestens 50 Prozent des Programms mit europäischen Inhalten



Viviane Reding (FOTO: REUTERS)

bestreiten und müssen darüber alle zwei Jahre berichten. Der Anteil von europäischen Programmen unabhängiger Produzenten stieg seit 2003 von 31,4 auf nunmehr 37,6 Prozent an. Die Zahl der EU-Fernsehsender ist in den vergangenen Jahren ständig gestiegen: 2006 wurden 1096 europäische Fernsehsender gezählt. Allein in den 15 alten EU-Staaten stieg deren Zahl seit 2005 um 357 oder 61 Prozent. EU-Medienkommissarin Viviane Reding zeigte sich mit dem europäischen Programmanteil zufrieden. Allerdings müsse die Branche ihre Anstrengungen fortsetzen. (dpa)

Nicht mehr Kriminalität nach Schengen-Erweiterung

Frankfurt (Oder). Sieben Monate nach dem Wegfall der Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Polen hat Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm eine positive Bilanz gezogen. Entgegen aller negativen Vorhersagen sei die Kriminalität in der Grenzregion nicht gestiegen, sagte Schönbohm am Freitag in Frankfurt (Oder). Insgesamt seien die Straftaten im Osten des Landes sogar gesunken. (dpa)

Die Zukunft der europäischen Einigung

Konföderationsmodell für Europa

Wirtschafts-Nobelpreisträger Robert Mundell plädiert für einen Mehrstufen-Ansatz

VON WOLF VON LEIPZIG

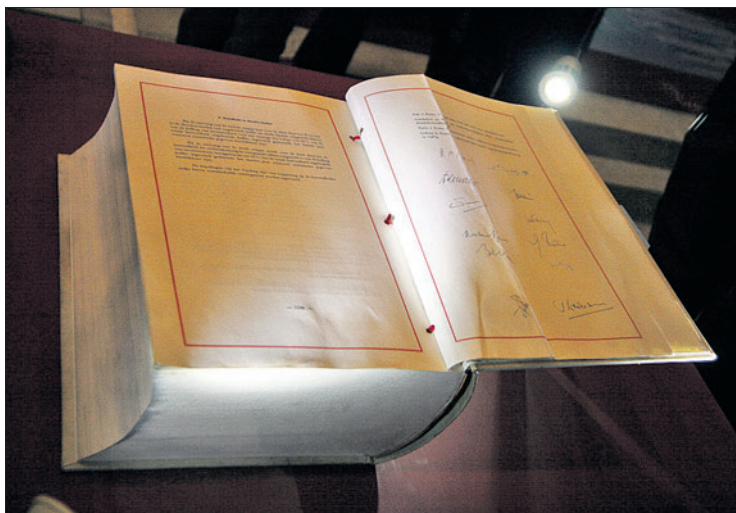
Die europäische Einigung steckt nach dem irischen Nein zum Reformvertrag in einer neuen Krise. Mit einem zweiten Referendum könnte die EU die Blockade wohl überwinden. Dennoch stellt sich nach dem dritten Nein zu einer EU-Vertragsrevision die Frage nach der Finalität immer drängender. Konzepte und Denkmodelle zur Zukunft der EU können einen entscheidenden Beitrag zu dieser Debatte leisten (siehe LW vom 22. 7.). Einen unorthodoxen Vorschlag für eine Konföderation von Europa hat der Ökonom Robert Mundell vorgelegt.

Das Modell für ein Commonwealth von Europa inspiriert sich am amerikanischen Verfassungssystem. Es unterscheidet sich jedoch entscheidend vom US-Modell, indem es drei unterschiedliche Integrationsniveaus vorsieht. Eine Fortgang der europäischen Integration ist nach Dafürhalten Mundells nur mit einem Ansatz von unten („bottom-up approach“) möglich. Der Wirtschafts-Nobelpreisträger von 1999 empfiehlt das amerikanische Verfassungssystem, weil es weitgehend durch die europäische Staatsphilosophie und britische Geschichte inspiriert worden sei und damit auch europäischen Traditionen entspreche.

Klare Kompetenzenteilung

Dazu müssen die bestehenden Institutionen und Organe der EU umgewandelt werden. In dem Modell wird die EU-Kommission zur Exekutive, das Europäische Parlament zum Unterhaus und der EU-Ministerrat zum Oberhaus.

Das Unterhaus, das auch das Haushaltsgesetz einbringt, setzt sich aus 500 Abgeordneten zusam-



Europa braucht eine neue Grundlage: das Original des EWG-Vertrags von 1957.

men, die im Verhältnis zur Bevölkerung stehen (Deutschland erhält 80 Abgeordnete, Frankreich, Großbritannien und Italien 60 ... Luxemburg entsprechend nur eine(n)).

Mit Stimmenmehrheit trifft die EU-Exekutive Entscheidungen und schlägt Gesetze vor, die von beiden Parlamentskammern gestimmt werden müssen, ernennt die Richter und schließt internationale Abkommen.

An der Spitze steht ein direkt gewählter Präsidenten und Vizepräsident: Beide werden vom Volk gewählt, wobei die Zahl der Wähler eines jeden Mitgliedslandes proportional zur Bevölkerung ist; in jedem Land erhält der Kandidat mit den meisten Stimmen sämtliche Wähler.

Die Kompetenzen wären, wie in einem föderalen System üblich, in exklusiv föderale und exklusiv nationale unterteilt: Zollunion, Währungsunion (einschließlich Defizite), Einwanderung, Menschenrechte, Umwelt, Außenpolitik, Verteidigung und Nuklear-Ange-

legenheiten wären ausschließliche Kompetenzen der Union. Alle anderen Kompetenzen verblieben bei den Mitgliedstaaten. Das Prinzip der Subsidiarität würde Zentralisierungstendenzen Einhalt gebieten. Zudem könnten auf Wunsch von zwei Prozent der Bevölkerung (d. h. gegenwärtig zehn



Robert Mundell. (FOTOS: GUY WOLFF, AP)

Millionen Unterschriften) Referenden zu politischen Fragen angesetzt werden.

Gleichzeitig gibt es die Möglichkeit für Ausnahmeregelungen (Opting-out-Klausel). So könnten Länder, die eine Steuerharmonisierung wünschten, dies tun, während andere „ausscheren“. Nur für die Zollunion wäre ein Opting-out nicht möglich. Entsprechend sind drei Integrationsniveaus vorgesehen: 1. Staatenbund, 2. Bundesstaat und 3. Einheitsstaat. Für die Erreichung eines jeden Niveaus lassen sich Zielsetzungen festgesetzt werden – etwa 2010, 2020 und 2030.

Keine Einbahnstraße

Integration muss, so Mundell, jedoch keine Einbahnstraße sein: In einigen Bereichen sei die Vereinheitlichung in der EU vielleicht schon zu weit vorangeschritten. Daher ist ein Mechanismus vorgesehen, der es erlaubt, Kompetenzen von der Zentralregierung wieder an die Mitgliedstaaten zurückzugeben. Da jeder Integrations-schritt prinzipiell rückgängig gemacht werden kann, sind nach Überzeugung Mundells weniger nationale Widerstände bei einem neuen Integrations-schritt zu erwarten.

Allerdings sollte der Preis eines Opting-outs beträchtlich sein, um die Rechte der verbleibenden Länder zu schützen. Schließlich würde ein vertraglich verankertes Referendumssystem den EU-Bürgern die Angst davor nehmen, von ihren Politikern über die Tragweite von EU-Reformen getäuscht zu werden.

Robert Mundell, schon vor der Euro-Einführung ein engagierter Befürworter der Europäischen Währungsunion, wünscht sich mit seinem Modell der europäischen Einigung einen Impuls zu geben.

Médiation au Zimbabwe: l'UE soutient Prétoiria

Premier sommet entre l'Union européenne et l'Afrique du Sud à Bordeaux

Bordeaux. L'Union européenne a apporté, vendredi à Bordeaux, son soutien à l'Afrique du Sud dans sa médiation «courageuse» au Zimbabwe, «seule voie possible dans l'immédiat» pour sortir le pays de la crise dans laquelle il est plongé depuis la réélection controversée de Robert Mugabe.

L'UE et l'Afrique du Sud tenaient leur premier sommet, dans la capitale girondine, en présence des présidents français Nicolas Sarkozy, président en exercice du Conseil européen, sud-africain Thabo Mbeki et de la Commission européenne Jose Manuel Barroso.

Trouver un accord

Ce sommet de quelques heures, écourté par M. Sarkozy en raison de l'arrivée en France du candidat démocrate à la présidence des Etats-Unis, M. Barack Obama, a été dominé par la question zimbabwéenne. Bruxelles a voté mardi de nouvelles sanctions contre Harare. La médiation de Prétoiria pour rapprocher les points de vue de Ro-



La rencontre a été dominée par la question zimbabwéenne. (PHOTO: AP)

bert Mugabe et de son opposition est très critiquée.

«Moi, je ne parlerai pas à M. Mugabe parce que j'ai un jugement très sévère sur ce qu'il a fait, mais on ne peut pas reprocher au président Mbeki d'être médiateur et de

parler avec les parties», a affirmé M. Sarkozy, lors d'une conférence de presse commune avec MM. Mbeki et Barroso. Robert Mugabe a été réélu le 27 juin lors d'un simulacre de présidentielle, et après de multiples violences dans

son pays, ce qui avait poussé le chef de l'opposition, Morgan Tsvangirai, à se retirer de la course. Une large part de la communauté internationale juge «illégitime» sa réélection.

Une médiation critiquée

Selon M. Sarkozy, «il y a un accord (au sein de l'UE) pour soutenir la médiation courageuse du président Mbeki». Pour l'UE, «ce qui s'est passé est inacceptable, la médiation de Thabo Mbeki doit être soutenue parce qu'il n'y a pas d'autre voie possible dans l'immédiat, il faut (lui) donner un peu de temps mais pas trop de temps», a dit M. Sarkozy.

De son côté, le président sud-africain a estimé que les parties au Zimbabwe devaient «arriver rapidement à un accord». «Je suis très reconnaissant à l'UE pour son soutien», a-t-il ajouté. Il a précisé que lors de ses discussions avec MM. Sarkozy et Barroso, «on n'a pas parlé des sanctions» envers Harare. (AFP)